

Antrag 71/II/2021**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Gesundheitswesen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgestalten**

1 Neben dem Thema Wohnen zählt die Versorgung mit
 2 Gesundheits- und Pflegeleistungen zur öffentlichen Da-
 3 seinsvorsorge. Derzeit sind jedoch sowohl die Kliniken als
 4 auch die Pflegeeinrichtungen durch wenige private Anbie-
 5 ter geprägt. Sie erwirtschaften mit Versicherungsleistun-
 6 gen enorme Renditen und entziehen dem Gesundheits-
 7 system damit langfristig wichtige Ressourcen. Hierzu ge-
 8 hören im Bereich der Krankenhäuser die Ketten Helios,
 9 Asklepios, Sana und Fresenius. Im Bereich der privaten
 10 Pflegeheimunternehmen dominieren die Anbieter Korian
 11 und Alloheim. Die Folgen der verstärkten Oligopolisierung
 12 und Ökonomisierung des Gesundheitswesens sind Tarif-
 13 flucht, Auslagerung, Personalabbau sowie eine Orientie-
 14 rung der Häuser an profitablen Gesundheits- und Pfl-
 15 geleistungen. Wir wollen ein gemeinschaftliches Gesund-
 16 heitswesen und keinen Gesundheitsmarkt!

17

Forderungen:

- 19 • Das Gesundheitswesen soll stärker öffentlich, ge-
 20 meinnützig und regional organisiert werden. Hier-
 21 bei soll der Gedanke in den Vordergrund rücken,
 22 dass mit der Gesundheitsversorgung alle Menschen
 23 in der jeweiligen Region erreicht werden, mehr auf-
 24 suchende Versorgung gewährleistet wird und be-
 25 sondern vulnerable Gruppen Berücksichtigung fin-
 26 den. Einrichtungen in öffentlicher oder gemeinnüt-
 27 ziger Trägerschaft sollen gezielt gestärkt werden.
- 28 • Es gibt Menschen, die durch die derzeitigen Struktu-
 29 ren des Gesundheitswesens nicht oder nur schwer
 30 erreicht werden können. Um diese Menschen bes-
 31 ser zu beraten und zu versorgen und mehr präventi-
 32 ve, barrierearme und kieznahe Versorgungsangebo-
 33 te anbieten zu können, soll der Öffentliche Gesund-
 34 heitsdienst (ÖGD) als eine zentrale Säule des Ge-
 35 sundheitswesens ausgebaut und über Steuermittel
 36 finanziert werden.
- 37 • Betreiber:innen von Krankenhäusern und Pflegeein-
 38 richtungen sollen dazu verpflichtet werden, einen
 39 wesentlichen Anteil ihres Gewinns in die Versor-
 40 gung der Patientinnen und Patienten zu investieren,
 41 damit wirtschaftliches Handeln der gesamten Ge-
 42 sundheitsversorgung zu Gute kommt.

43

44

45

46

47

48

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Neben dem Thema Wohnen zählt die Versorgung mit
 Gesundheits- und Pflegeleistungen zur öffentlichen Da-
 seinsvorsorge. Derzeit sind jedoch sowohl die Kliniken als
 auch die Pflegeeinrichtungen durch wenige private Anbie-
 ter geprägt. Sie erwirtschaften mit Versicherungsleistun-
 gen enorme Renditen und entziehen dem Gesundheits-
 system damit langfristig wichtige Ressourcen. Hierzu ge-
 hören im Bereich der Krankenhäuser die Ketten Helios,
 Asklepios, Sana und Fresenius. Im Bereich der privaten
 Pflegeheimunternehmen dominieren die Anbieter Korian
 und Alloheim. Die Folgen der verstärkten Oligopolisierung
 und Ökonomisierung des Gesundheitswesens sind Tarif-
 flucht, Auslagerung, Personalabbau sowie eine Orientie-
 rung der Häuser an profitablen Gesundheits- und Pfl-
 geleistungen. Wir wollen ein gemeinschaftliches Gesund-
 heitswesen und keinen Gesundheitsmarkt!

Forderungen:

- Das Gesundheitswesen soll stärker öffentlich, ge-
 meinnützig und regional organisiert werden. Hier-
 bei soll der Gedanke in den Vordergrund rücken,
 dass mit der Gesundheitsversorgung alle Menschen
 in der jeweiligen Region erreicht werden, mehr auf-
 suchende Versorgung gewährleistet wird und be-
 sondern vulnerable Gruppen Berücksichtigung fin-
 den. Einrichtungen in öffentlicher oder gemeinnüt-
 ziger Trägerschaft sollen gezielt gestärkt werden.
- Es gibt Menschen, die durch die derzeitigen Struktu-
 ren des Gesundheitswesens nicht oder nur schwer
 erreicht werden können. Um diese Menschen bes-
 ser zu beraten und zu versorgen und mehr präventi-
 ve, barrierearme und kieznahe Versorgungsangebo-
 te anbieten zu können, soll der Öffentliche Gesund-
 heitsdienst (ÖGD) als eine zentrale Säule des Ge-
 sundheitswesens ausgebaut und über Steuermittel
 finanziert werden.
- Betreiber:innen von Krankenhäusern und Pflegeein-
 richtungen sollen dazu verpflichtet werden, einen
 wesentlichen Anteil ihres Gewinns in die Versor-
 gung der Patientinnen und Patienten zu investieren,
 damit wirtschaftliches Handeln der gesamten Ge-
 sundheitsversorgung zu Gute kommt.
- **Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, sich in
 den laufenden Koalitionsverhandlungen für eine
 umfassende Reform der Krankenhausfinanzierung
 inklusive der Abschaffung der Fallpauschalen einzu-
 setzen und diese in der ersten Hälfte der Legislatur-
 periode umzusetzen.**

